

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druckerei: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 1.— Mk., vierteljährlich 3.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach Bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 10 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 40

Donnerstag, den 17. Februar 1921

12. Jahrgang

Vor der Liquidation der Versailler Pleite.

Vor der Londoner Konferenz.

London, 16. Febr. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St.-James-Palast stattfinden wird, den der König zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marshall Foch und General Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

London, 16. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten könne als Warnung für Briand angesehen werden, daß, wenn er von der Londoner Konferenz zurückkehrt, ohne etwas Endgültigeres, als nur deutsche Versprechungen, die französischen Forderungen zu erfüllen, mitzubringen, seine Regierung rasch durch ein Kabinett Poincaré ersetzt werden würde, das, wenn nötig, nicht zögern werde, die französischen Forderungen an Deutschland mit der Spitze des Bajonetts zu erzwingen. (Einer solchen Entwicklung könnte Deutschland mit Fassung entgegensehen. Das Geschwür muß austreten, um aufgeschoben werden zu können. Je eher die extreme Richtung in Frankreich aus der Opposition zur Verantwortung berufen sein wird, um so schneller wird sie abgewirtschaftet haben. Damit fielen dann das Haupthindernis einer aufrichtigen Verständigung der ehemaligen Kriegsgegner. D. Red.)

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 16. Febr. (Havas.) Die deutschen Kohlenlieferungen belaufen sich auf 1 681 996 Tonnen, davon 1 070 482,5 Tonnen Kohlen, 393 575,8 Tonnen Koks (etwa 524 767,7 Tonnen Kohlen entsprechend) und 96 666 To. Braunkohlenbriketts. Von dieser Menge wurden 1 069 075,5 To. Frankreich zugeleitet, 208 012 To. Italien, 274 696 To. Belgien und 130 213 Tonnen Luxemburg.

Die Kriegserforderniskommission hat am 29. Januar eine längere Ausführung über die Schwierigkeiten geschickt, auf die die deutsche Regierung bei Durchführung der Kohlenlieferungen stößt. Diese Ausführungen unterliegen zurzeit einer genauen Prüfung durch das Kohlenamt der Kommission. Die Deutschen werden von der Kommission angehört werden, sobald das genannte Amt seinen Bericht zu Ende geführt haben werde. Diese Vernehmung, die wahrscheinlich in den ersten Tagen des Monats März stattfinden werde, wird sich jedoch nur mit der Festsetzung der von Deutschland im Monat April 1921 zu leistenden Kohlenlieferungen befassen, während keinerlei Änderungen der für Februar und März festgesetzten Zahl in Frage kommen.

Die deutschen Unterhaltungskosten des Besatzungsheeres.

Berlin, 17. Febr. In dem Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz werden nach der „Europe Nouvelle“ die deutschen Angaben der Unterhaltungskosten des Besatzungsheeres als unrichtig bezeichnet, und es wird behauptet, daß die deutsche Regierung für die von ihr angegebene Kostensumme von 15 Milliarden und 5 Millionen in keiner Form Belege habe. Der „Vossischen Zeitung“ wird dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Alliierten bereits 36 Milliarden Papiermark aus dem liquidierten deutschen Eigentum zur Deckung der bisherigen Besatzungskosten angemeldet haben. Weiter enthält die deutsche Kostenangabe diejenigen Ansprüche, welche deutsche Staatsbürger seit dem ersten Tage der Besatzung für den durch diese erlittenen Schaden geltend gemacht haben.

Die Ententehilfe für Oesterreich.

Paris, 16. Febr. Wie die Zeitung „Paris-Midi“ mitteilt, hat heute im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Ministers Doumer eine Konferenz stattgefunden, um die Frage der Oesterreich zu leistenden Hilfe zu besprechen. Ein Vertreter Oesterreichs und die Vertreter mehrerer Pariser Banken sollen an der Beratung teilgenommen haben.

Die italienischen-christlichen Gewerkschaften gegen die Verklammerung der deutschen Arbeiter-schaft.

Rom, 16. Febr. Die italienischen christlichen Gewerkschaften erheben Widerspruch gegen den Zustand der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zum Profit eines fremden Kapitalismus und Imperialismus verurteilt werden soll, und protestieren gegen die Erdrosselung des deutschen Volkes durch neue Zusagen.

Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit in England.

London, 16. Febr. Im Unterhaus erklärte der Führer der Arbeiterpartei Clynes über die Arbeitslosigkeit, die Lage sei seit Dezember schlimmer geworden. Er fragte die Regierung, welche Versuche sie zur Wiederherstellung des wirklichen Friedens und zur Schaffung von Handelskrediten unternommen habe, und trat für die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Handelsbeziehungen zu Rußland ein. Mac Namara erklärte, die Zahl der Erwerbslosen sei von 350 000 im Oktober vorigen Jahres auf 1 039 000 am 11. Februar gestiegen. Nicht einbezogen seien hier etwa 600 000 Arbeiter, die eine systematisch gekürzte Arbeitszeit haben. Unter den 1 039 000 Erwerbslosen befänden sich ferner auch 368 000 Kriegsteilnehmer. Das Arbeitsministerium tue das äußerste, um die britische Industrie wieder herzustellen.

Ein englisches liberales Urteil über die oberschlesische Frage.

London, 16. Febr. In der „Westminster Gazette“ veröffentlicht Frau Burton einen Artikel über die wirtschaftlichen Fragen in Oberschlesien, in dem es heißt: Bei einer etwaigen Entscheidung der Volksabstimmung zugunsten Polens würde der polnische Patriotismus nur zum Ausbruch kommen in Tarifhindernissen und Unterlassen von Vorschriften und Beschränkungen, sowie einer teilweisen Boykottierung, wenn nicht Massenentlassung, deutscher Angestellter. Bei einem polnischen Siege werde Oesterreich, Italien und Oberschlesien nur wenig Aussicht darauf haben, die ihnen jetzt zugewiesene oberschlesische Kohle, von der ihr Leben abhängt, zu erhalten. Mit dem Verlust Oberschlesiens würde Deutschland gezwungen werden, gewisse Artikel einzuführen. Dadurch würde sich die deutsche Währung noch mehr verschlechtern. Durch die Vernichtung der Industrie und den Verlust einer seiner reichsten Steuerquellen würde der Bankrott Deutschlands vollständig und der Europas näher gebracht werden. Die letzte Hoffnung auf eine Entschädigung, auch auf die Märkte Mitteleuropas, würde damit verschwinden.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks im Erzgebirge.

Berlin, 17. Febr. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat der Metallarbeiterstreik im Erzgebirge nach fünfwöchiger Dauer sein Ende gefunden. Gestern früh wurde die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen, nach dem die Unternehmer sich bereit erklärt hatten, eine Zulage von 1,10 Mark pro Stunde zu gewähren und sämtliche Streikenden wieder einzustellen.

Die Ruhrberarbeiter kündigen das Ueberschichtenabkommen.

Essen, 16. Febr. In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde heute beschlossen, das Ueberschichtenabkommen für den Bergbau zu kündigen, so daß vom 15. März an keine Ueberschichten mehr verfahren werden, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Rehlisch haben nach der „Vossischen Zeitung“ beim Dortmunder Oberbergamt Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden in der Frage der Neuregelung der Lebensmittelzulage für die Bergarbeiter stattgefunden, die aber bisher zu keinem Ergebnis geführt haben.

Erstauflage Ergebnisse der Sammlungen für die deutsche Kinderhilfe.

Berlin, 17. Febr. Wie der Vorstand der deutschen Kinderhilfe mitteilt, haben die Sammlungen in Berlin für die deutsche Kinderhilfe über 10 Millionen Mark ergeben. Hiervon sind von den Spendern über zwei Millionen Mark der Verwendung für besonders notleidende Gebiete Deutschlands, wie Oberschlesien, das Ruhrgebiet und das Erzgebirge vorbehalten. Ein Teilbetrag von einer Million Mark wird auf Grund ärztlichen Gutachtens zur Anschaffung von Hemden und Strümpfen vermandt werden. Laut „Täglicher Rundschau“ beträgt das Gesamtergebnis der deutschen Kinderhilfe in Sachsen 3 1/4 Millionen Mark.

Die B.A.P.D. vor dem Ende.

Zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken bestehen mancherlei Ähnlichkeiten, die schon oft aufgezeigt worden sind. Zu ihnen aber hat sich in der letzten Zeit eine neue gesellt, beide Parteien, die Deutschnationale und die Kommunistische, stehen vor dem Zerfall.

Wie die Deutschnationale Partei aus einer radikalistischen und einer gemäßigten Richtung besteht, die einander mit allen Mitteln bekämpfen, so hat auch die B.A.P.D. (des Veruneinigten Kommunistenpartei Deutschlands) schon wieder ihre Revisionisten und ihre Radikalen im Leibe.

Die Revisionisten, oder „Opportunisten“, sind augenblicklich in der Oberhand. Sie beherrschen den Parteiapparat. Die Radikalen sind in der Opposition und halten mit der B.A.P.D. Fühlung, die gegen die kommunistische Parteileitung mit allen bekannten Mitteln persönlicher Beschimpfung (Judasse, Arbeiterverräter, Bonzen, Diäten schlucker usw.) vorgeht.

Der Streit zwischen den beiden Richtungen dreht sich im Augenblick um die Frage, ob man das Bündnis mit Sowjetrußland fordern darf, noch ehe Deutschland eine „Räterepublik“ geworden ist, oder ob man damit warten muß, bis die Weltrevolution in Deutschland perfekt ist.

Die Radikalen erklären die Lösung Bündnis mit Sowjetrußland für opportunistisch. Sie meinen, das sei weiter nichts als ein guter Rat an die Bourgeoisie, ihren Bourgeoisstaat vor der Bedrohung durch die Entente durch ein Bündnis mit Sowjetrußland zu retten. Folglich gehe die Parteileitung nicht auf die Förderung der Weltrevolution, sondern auf die Rettung des Kapitalismus aus.

Dagegen versichern die Opportunisten, die Angst der Radikalen, daß die Sache der Weltrevolution bei ihnen in schlechten Händen sei, sei überflüssig, und machen sich über sie in respektvollster Weise lustig. Wenn sie ein Bündnis mit Sowjetrußland forderten, so sagen sie, forderten sie damit zugleich auch die Revolution, denn ohne die Revolution sei das Bündnis mit Sowjetrußland eben nicht möglich. Sie scheinen aber mit dieser spitzfindigen Beweisführung bisher wenig Eindruck auf die Radikalen gemacht zu haben.

Auf den Außenstehenden wirkt diese ganze Unterhaltung ein wenig komisch. Sie macht eher den Eindruck einer theologischen Disputation — etwa von der Art, wieviel Engel auf einer Nadelspitze Platz haben —, als den einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung.

Gerade dieser Hang zur Disputation zeigt aber, wie sehr der B.A.P.D. der Glaube an die Aktion verlorengegangen ist. Der Parteiapparat, von Mostau aufgeblasen, schnürt noch weiter, für die Wahlen wird agitiert und geworben, wie es irgendeine andere Partei eben auch tut. Aber der Glaube an sich selbst, die innere Zuversicht, fehlt.

Die ganze Existenz der kommunistischen Partei war auf die Ueberzeugung von der nahen Weltrevolution gestellt. Diese Ueberzeugung war bekanntlich in früheren Zeiten auch in der Sozialdemokratischen Partei stark vertreten, und nicht die Schlechtesten haben ihr gehuldigt. Aber niemals hat die Sozialdemokratische Partei über dieser Ueberzeugung vergessen, die praktischen Gegenwartsinteressen der Arbeiter wahrzunehmen, und niemals hat sie ihr zuliebe Menschen in den Tod gehetzt.

Die kommunistische Partei aber hat eine Zeitlang — jetzt ist sie glücklicherweise und hoffentlich für immer davon abgekommen — eine innerpolitische Rubeufesterei betrieben, für die bei der Verfolgung politischer Ziele Menschenblut keine Rolle spielt. Das Wort „den Parteifessel mit Polemikerleichen heizen“, ist von unabhängiger Seite geprägt worden, und es trifft auf diese Methode vollkommen zu. Aber auch jetzt noch zeigt sich die kommunistische Partei eben Tag bereit, praktische Arbeiterinteressen preiszugeben in der Meinung, daß sie dadurch ihre Parteiziele fördern könne. Darin zeigt sich die völlige Abkehr von Marxismus.

Die Preisgabe proletarischer Gegenwartsinteressen tiefe sich nur durch höhere Zukunftsinteressen rechtfertigen. Wenn es in ein paar Monaten einen großen Krach gibt, der mit einem Male die kapitalistische Gesellschaft in eine kommunistische verwandelt, dann ist es natürlich gleichgültig, ob eine Lohnbewegung gewonnen oder verloren wird, oder ob die Gewerkschaften bestehen oder nicht.

Aber das zerstörende Treiben der Kommunisten gegen alle Organisationen, die dem proletarischen Gegenwartsinteresse dienen, verliert in dem Maße seine innere Rechtfertigung, in dem der große Wechsel auf die Weltrevolution prozangiert werden muß. Daher die innere Unrast, das schlechte Gewissen, die aktionsfeindliche, lähmende und dem Parteibestand gefährdende Debattierlust in der B.A.P.D. Gewiß gibt es noch Leute in dieser Partei, die an ihrem Glauben festhalten, aber der größere Teil hat ihn schon verloren. Und diese Ungläubigen, die nicht den Mut haben, ihren Irrtum einzugehen, sind zu richtigen Revolutions-

Das Verbot der Kriegsbeschädigten-Demonstration.

17. Sitzung des Danziger Volkstages

vom 16. Februar 1921.

Präsident Matthei eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Der polnische Antrag auf Errichtung von Schulen mit polnischer Unterrichtssprache wird dem Schulausschuss überwiesen.

Der Geleitwurf über die Außenarbeit von Gefangenen wird dem Rechtsausschuss überwiesen. Ein Senatsantrag auf Verbesserung des Ausgleichszuschlages zu den Kinderbeihilfen für Beamte und Angestellte wird dem Hauptausschuss überwiesen.

Ein Senatsantrag auf Nachbewilligung von 80 000 Mark für Notstandsarbeiten bei der Rodung der Eichwäldchen bei Pielitz wird dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten überwiesen, einschließlich eines sozialdemokratischen Zusatzantrages.

Es folgt die gemeinsame Verhandlung über je einen Antrag der Deutschen Partei und des Zentrums über die Neuordnung der Gehälter der Kirchenbeamten.

Der Antrag wird durch den Antragsteller Friedrich (Deutsche Partei) begründet.

Abg. Drosch (Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Religion Privatsache ist, und können deshalb für diese Zwecke keine Staatsmittel bewilligen. Jede Kirchengemeinde muß ihre Kirchenbeamten selbst besolden.

Abg. Christiani (Dnatz.): Wir stehen auf dem Boden des Antrages.

Abg. Schmidt (R.): Die beiden Vorträge ab. Redner polemisiert heftig gegen die Deutschnationalen und bekämpft die politische Tätigkeit der Geistlichen.

Abg. Roggenbau (U. S. P.) polemisiert gegen die Anforderung von Kirchensteuern von Dissidenten.

Die beiden Vorträge werden dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Endlich folgt die große Enquete der U. S. P.:

1. Warum ist die geplante Demonstration der Kriegsbeschädigten verboten worden?
2. Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung ist die Einschulungnahme und Ausweisung des Kommunisten Wegmann erfolgt?

Die Enquete wird begründet vom Abg. Nau (U. S. P.): Das Verbot der Kriegsbeschädigten-Demonstration war ein Verfassungsbruch. Die Demonstration wäre sicher ganz friedlich verlaufen. Verfassungswidrig war auch die Verhaftung

Wegmanns. Sie geschah unter Berufung auf eine Bestimmung des preussischen Landrechts aus dem Jahre 1850, die durch die Danziger Verfassung längst überholt ist. In dem für diese Angelegenheit eingesetzten Untersuchungsausschuss hat der Senat die Klärung verweigert. Das war ein Verstoß gegen den Artikel 19 der Danziger Verfassung. Dieselben Parteien, die die Verfassung beschlossen haben, setzen sich, wenn es ihnen gefällt, über die Bestimmungen hinweg, wie es der Untersuchungsausschuss getan hat, als er die Angelegenheit durch die Verweigerung der Antwort durch den Senat als erledigt betrachtete. Redner polemisiert besonders gegen die sonderbaren Rechtsanschauungen des Juristen Dr. Bumke im Untersuchungsausschuss.

Senator Schümmer sucht das Verbot der Demonstration aus den bereits bekannten Aussagen der Organisationsleiter der Kriegsbeschädigten zu rechtfertigen. Das Verbot erfolgte gemäß Artikel 83 der Danziger Verfassung.

Ein Ausländer, der Kommunist ist und auf Verwirklichung des kommunistischen Umsturzprogramms hinarbeitet, ist ohne weiteres als lästig zu betrachten.

Die Abg. Bumke (Dnatz.) und v. Schroeter (D. P.) verteidigen die Haltung des Senats und des Untersuchungsausschusses.

Abg. Dr. Bing (Soz.) polemisiert gegen die Stellungnahme des Untersuchungsausschusses. Er weist auf das elende Los der Kriegsbeschädigten hin. Die Bestärkung einer Stärkung der öffentlichen Ordnung durch die geplante Demonstration war sicherlich stark übertrieben.

Die Methode der Ausweisung Wegmanns war eine unerhörte Vergewaltigung. Das Verhalten des Untersuchungsausschusses und des Senats war lediglich eine formalistisch begründete Nachprobe. Im internationalen Freistaat Danzig ist der preussische Polizeiknäuel am allerwenigsten am Platze.

Senator Schümmer versucht die Ausführungen des letzten Redners durch einige Zitate aus der „Danziger Volksstimme“ zu entkräften.

Abg. Galkowski (S.) verteidigt den Beschluß des Untersuchungsausschusses.

Um 7 Uhr abends wurde die Debatte nach einer Aufforderung des Senators Schümmer an alle Parteien, sich auf dem Boden der Danziger Verfassung zu fruchtbringender Arbeit für das Wohl des Danziger Freistaats zu vereinigen, geschlossen.

Nächste Sitzung heute, Donnerstag.

schwindeln gemorben. Widerwärtig ist der Elfer, mit dem sie jetzt im preussischen Wahlkampf ihre ewige Leiter wiederholen: „Wählt kommunistisch, damit fördert ihr die Weltrevolution!“ Gerade die noch gläubig Verbliebenen haben das tiefste Empfinden für diese gequälte Unaufrichtigkeit, und dieses Empfinden muß die Gegenläufe in der Partei verdrängen.

So ist die kommunistische Partei von der Entwicklung unweigerlich zum Tode verurteilt. Sie wird zerfallen, und die Sozialdemokratische Partei wird noch lange bestehen, wenn sie längst der Geschichte angehören wird.

Eine Zeitlang wird noch so mancher Arbeiter der kommunistischen Werbetrümmer nachlaufen. Er wird es in der besten Absicht tun, ohne zu merken, einen wie furchtbaren Schaden er damit seiner eigenen Klasse zufügt. Für unsere Massen aber in den Betrieben gilt es, diesen Schaden auf das geringste Maß zu beschränken, indem sie ihre schwanfenden und unklaren Klammerngenossen auflären und der Sozialdemokratischen Partei loyal Anhänger wie möglich zu führen. Kommen wir in über die Gefahr des Augenblicks hinweg — und die D. S. P. ist eine Gefahr nicht für den Kapitalisten, sondern nur für die sozialistische Arbeiterbewegung — dann ist uns um die Zukunft nicht bange!

Starke Erhöhung der deutschen Eisenbahngütertarife.

Berlin, 15. Febr. In der heutigen Sitzung des Sachverständigenrates des Reichsverkehrsministeriums führte Staatssekretär Stiller u. a. aus: Der Defizitmittelpunkt müsse angesichts der allgemeinen deutschen Finanzlage ungesäumt ein Ende gemacht werden. Die Sparmassnahme reiche allein dazu nicht aus. Eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife sei da oben nicht zu umgehen. Man habe nur die Wahl, die Nettobeträge durch Steuern aufzubringen oder die Einnahmen den Ausgaben durch Tarifserhöhungen anzupassen. Die Reichsregierung habe sich für das letztere entschieden. Auch der Tarifausschuss des Wirtschaftsbeirates habe sich dafür ausgesprochen. Alles in allem hoffe die Eisenbahnverwaltung in absehbarer Zeit durch Sparmassnahmen etwa 2 Milliarden ergeben zu können. Ingedacht bleiben jedoch von dem Jahresergebnis 1920 noch 20 Milliarden. Der Haushaltsentwurf für 1921 lege einen Nettobetrag von rund 14 Milliarden vor. Nach eingehender Aussprache wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressen auf Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 Prozent zur Durchführung empfohlen.

Die neuen Personentarife auf der deutschen Eisenbahn.

Berlin, 15. Febr. Heute morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stiller der Sachverständigen-Rat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In der Sitzung wurde die Erhöhung der Personentarife durch die Reichsregierung beschlossen. Die Erhöhung der Personentarife wird demnach wie bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. 12. 1920, eine organische Neuordnung der Personentarife durch die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitsbahnen ausbauen, die betragen werden:

- für die 4. Klasse 15, für die 3. Klasse 19,5.
 - für die 2. Klasse 24 und für die 1. Klasse 38,5 Pf. je Kilometer.
- Gegenüber den bisherigen Fahrpreisen bedeuten diese Erhöhungen von 25 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 62,2 Prozent für die 2. und 1. Klasse. Ferner wurde eine Erhöhung der Preise von Berlin nach Hamburg fällig festgesetzt:
- 58 Pf. (statt bisher 28 Pf.) in der 4.
 - 87 Pf. (42 Pf.) in der 3.
 - 95 Pf. (70 Pf.) in der 2. und
 - 170 Pf. (116 Pf.) in der 1. Klasse.
- Für die Strecke Berlin-Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise:
- 71 Pf. (49 Pf.) in der 4.
 - 106 Pf. (75 Pf.) in der 3.

176 Pf. (129 Pf.) in der 2. und 216 Pf. (191 Pf.) in der 1. Klasse. Die Schenkungsgeldsätze werden unter Verbeibehaltung des bisherigen Dreiprozentsfußes (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8 Pf., 16 Pf. und 24 Pf. in der 1. und 2. Klasse und auf 4 Mark, 8 Mark und 12 Mark in der 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Poincaré Vorsitzender des französischen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Paris, 15. Febr. Der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat den ehemaligen Präsidenten der Republik Poincaré zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Paris, 15. Febr. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beauftragte sechs Mitglieder unter anderem mit der Abfassung von Berichten über den zwischenstaatlichen Schutz der Arago-Küste mit der Küstlinie über die Saartrümmern nebst Kolonien, Japan zu den Bestimmungen über die feste Schiffsahrtfunktion, Vertrag von Trianon. Besondere Untersuchungsgegenstände für auswärtige Angelegenheiten werden morgen die Abänderung des Vertrages von Sebres und die Pariser Vereinbarungen prüfen.

Paris, 15. Febr. Der griechische Ministerpräsident Kalogeropoulos ist in Paris eingetroffen. Er begibt sich nach einigen Tagen Aufenthalt zur Londoner Konferenz.

Auch die Unabhängige Arbeiterpartei Englands gegen die Moskauer Internationale.

London, 15. Febr. Dem Ende März stattfindenden Kongress der unabhängigen Arbeiterpartei wird unter anderem auch eine Entschliessung unterbreitet worden, in der es heißt: Die Partei erkläre nach Ermüdungen der Antwort des Vollzugsausschusses der dritten Internationale auf ihre Fragen, daß die 21 Bedingungen Moskaus nicht angenommen werden können. Während ausgegeben werde, daß die Lage in Russland die augenblickliche russische Regierung einzig möglich mache, stellt die Entschliessung fest, die russische Methode dürfe in Großbritannien nicht befolgt werden.

Verurteilung des Dichters Georg Kaiser.

München, 15. Febr. In dem Prozeß gegen den Dichter und Schriftsteller Georg Kaiser und seine Frau wurde Georg Kaiser wegen Unterschlagung in drei Fällen zu einem Jahre Gefängnis, Margarete Kaiser wegen eines Diebstahls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. (Wir werden auf das Urteil morgen noch kurz zurückkommen. Die Red.)

Stiefhinder des Glücks.

Roman von Maria Lindner. (Fortsetzung.)
„Überlassen Sie das mir, liebe Mutter,“ sagte Theodor lachend. „Ich werde ich selbst besorgen. Dem Besten soll sein Beitrag nicht eintragen.“ Eine gelächliche Tracht schlug. Mehr wie diese nicht es ihm entgegen, daß ich der Glückliche bin, der Bertel beschützt.“
„Stimmt,“ sagte Mutter stier mit dem Kopfe nickend, dann fuhr sie fort: „Jetzt laßt ihr mich zu meinen Deuten begleiten. Sämtlich die junge Frau dort hat kein Siegfried. Die wird ich die Minuten zählen, bis ich zurückkomme. Bertel kann dich dann noch ein Stück begleiten. Theodor, dann gehst du mir aber heim. Bertel, du sagst dich vor die Türe. Kannst dir ja ein Buch in die Hand nehmen, es ist ja Sonntag. Tu mußt dich aber den Deuten weigern, sonst sprechen sie gleich wunder was.“
Wenige Minuten später verließ Frau Richter mit dem Brautpaar heimwärts das Haus.
Inzwischen war auch die Baronin in Friedenau eingetroffen. Sie war noch immer ungewöhnlich hübsch, aber der langste Zug war aus ihrem Gesicht verschwunden und an den Augen machten sich ein paar kleine Fältchen bemerkbar. Sie war elegant und mit Stolz gekleidet und eine geschmackvolle Perle brachte ihr reiches, süßes Haar zur Geltung.
Die Begrüßung der beiden Damen fiel herzlich aus, wie nach dem erlösten Streit, mit dem sie geschieden waren, zu erwarten war. Die Baronin äußerte ihre hohe Befriedigung über Engelberts bevorstehende Verlobung und die Baronin entgegnete:
„Er hat einen Anfall, dessen sich kein König zu schämen braucht und eine kleine Wunde, die ihn glücklich macht. Ich habe mir vor, mit der alten Grimaldi und ein paar von den Grimaldi-Wählern den Alibi zu besuchen. Agredale ist auch nicht mit weiblichen Verwandten besetzt, vor denen er in anbetender Liebe auf dem Punkte steht. Es ist zwar eine Menge alte und junge Weiber in der Familie, aber er ist Gott sei Dank mit allen verheiratet.“
„Ja,“ sagte die vorteilhafte Veränderung, die mit deinem Ansehen vorgegangen ist, hätte sich auch auf deine Kammerer erstreckt,“ entgegnete die Baronin verstimmt. „Aber das ist leider nicht der Fall. Was sagt denn Lord Agredale zu deinen durchsichtigen Redensarten?“

„Richtig,“ entgegnete Engelberta. „Der gute Junge ist nämlich noch nicht in die Feinheiten der deutschen Sprache eingedrungen.“
„Ein Glück für dich!“ sagte die Baronin trocken. „Dann fragte sie: „Wann dürften wir den Lord erwarten?“
„Am liebsten wäre er heute schon hergekommen, und ich hätte auch nichts dagegen gehabt, aber die alte Grimaldi machte eine höchst häßliche Bemerkung, da sagte ich, daß ich nicht gerade auf Agredales Gesellschaft brenne, und daß er in acht bis zehn Tagen anlangen dürfte.“
„Grimaldi werden dich höchst ungern verlieren,“ sagte die Baronin.
„Ja,“ stimmte Engelberta mit einem häßlichen Lächeln zu. „Sie haben so viel aus mir herausgepreßt, wie irgend möglich. Jetzt haben sie einen neunzehnjährigen, verwaisten Majoratsherrn da. Von werden sie nun an meiner Stelle unter die Wurst haben. Wies dem armen Bengel gehen wird, das werde ich einem Hund jammern! Ich werde ihm ab und zu ein Futterfisch schicken. Es ist bei Grimaldi nämlich eine unglaubliche Wirtschaft, jeder wirt schaftet in seine Tasche, vom Administrator an. Der Haushalt kostet Millionen, und es wird ein geradezu demüthigender Tisch geführt. Es sind Tage, an denen wir nur Suppe, Braten, eine Schweine- und Obst bekommen.“
„Empörnd!“ sagte die Baronin erzürnt. „Du sollst ja eine geradezu enorme Pension gezahlt haben.“
„Schonmal Krüder!“ verächtelte Engelberta lachend. „Du hättest bloß sehen sollen, wie sich die alte Grimaldi abarbeitete, um Männer für ihre Wählern zu angeln. Die Wählern sind alle sehr hübsch, trotzdem sie keiner an. Sie gaben sich alle erdenkliche Mühe, um Lord Agredale einzuladen, aber der Lord ihnen nicht auf den Beinen. Es sind ja ganz ungeheuer Räder. Keine von ihnen kann reiten. Agredale sagte mal, für ihn wäre die Frau die schönste, die eine stehende Figur auf dem Pferde machte. Da nahm die Arabella Schmitts P-Munde, aber sie blümpelte wie ein Weibchen vom Pferde und da gab sie es auf. Sie schrieb mir ins Stommbuch: „Wer sich von dem goldenen Ringe Goldene Lage nur verbricht, daß der kennt den Lauf der Dinge Und das Herz der Menschen nicht.““
Das Wort habe ich gleich ausgerufen.“
Engelberta hätte noch lange weiter geplaudert, wenn sie nicht gemeldet worden wäre, daß „Trochäsen“, ihre Kappkappe, sich

beim Auslösen aus der Bahn die rechte Vorderfüße ein wenig verlegt hatte. Sowas sie diese Nachricht erhielt, sprang sie auf und floh wie ein Wirbelwind in den Pferdestall. Die Baronin blüpte ihr verkümmert nach und murmelte: „Sie ist unverbesserlich!“
Wenn die Baronin gewußt hätte, daß ihre Stiefstochter innerhalb weniger Jahre den weitaus größten Teil ihres Vermögens verloren hatte, dann würde ihr Jörn keine Örgen gekannt haben. Obgleich es Engelberta keineswegs an Verstand fehlte, war sie in Geldsachen so unersahren, wie ein Kind. Sie hatte große Summen verschwendet und ihre Gutmütigkeit war oft mißbraucht worden. Als sie mit Schrecken wahrnahm, wie ihr Vermögen zusammengeschnitten war, bemühte sie sich, diese Verluste durch Spekulationen wieder einzubringen. Zum Unglück wählte sie einen gewissenlosen Bankier der nicht vor dem Bankrott stand, zu ihrem Berater. Engelberta vertraute ihm den Rest ihres Vermögens bis auf vierzigtausend Taler an, und der dunkle Chyrmann flüchtete damit ins Ausland.
Als Graf Grimaldi erfuhr, daß Engelberta, die unter seinem Dach lebte, in einer so wichtigen Angelegenheit seinen Rat nicht eingeholt hatte, war er tödlich beleidigt. Er war doppelt getroffen: sowohl seine Geldgier, wie auch seine Eigenliebe waren tief verletzt. Trotzdem machte er Engelberta keine Vorwürfe, denn diese hätten bei der Festigkeit der Baronin zum Bruch geführt, und eine so gut zahlende Hausgenossin wollte der Graf erst verlieren, wenn sie nicht mehr zahlen konnte. Seit jener Zeit war das Verhältnis zwischen der Familie Grimaldi und Engelberta getrübt und die Spannung wurde noch größer, als der Graf die Konten garnicht beachtete und sich offen um die Baronin Friedenaus bewachte.
Lord Agredale erschien in Friedenau pünktlich, wie die Sonne. Er war groß, überaus schön, hatte ein angenehmes Gesicht und war sehr hübsch. Sprachlosent befah er nicht, denn obgleich er sich seit zwei Jahren in Deutschland aufhielt, verabschiedete er das Deutsche doch auf eine schreckliche Weise.
Die Baronin war von ihm entzückt. Als der Graf die Dame bat, die Vermählung nach Möglichkeit zu beschleunigen, ließ er nicht auf Widerstand. Man eilte sich dahin, daß die Hochzeit nach acht Wochen stattfinden sollte. Alle Vorbereitungen wurden getroffen und die Baronin zeigte so viel Liebenswürdigkeit und Entgegenkommen, wie ihr niemand ausgetraut hatte.
(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die Verschärfung der Ordnungsstrafen im Volkstag.

Den Unabhängigen und Kommunisten steht in ihrem radikalen Kampf gegen den Parlamentarismus ein neuer Erfolg bevor, über den sich alle rückschrittlich gestimmten Kreise besonders freuen werden. Es ist bereits allgemein bekannt, daß sich die bürgerlichen Parteien schon längere Zeit mit der Absicht tragen, die Geschäftsordnung des Volkstages zu verschärfen, um dem oft sehr wilden Leben der „revolutionsdrögen“ Führer Einhalt zu gebieten. Wir haben bereits schon vor einigen Tagen angeführt, daß wir in einer unfindenden Erziehungsmethode keine glückliche Lösung sehen. Es ist allerdings zu behaupten, daß es überhaupt dazu gekommen ist, daß man sich in parlamentarischen Kreisen mit der gegenseitigen Einschränkung der Rechte und der Freiheit der Abgeordneten beschäftigt. Das Bedrückendste dabei ist, daß sich die bürgerlichen Parteien dafür auf ein „gutes Material“ stützen können, das ihnen von sogenannten Arbeitervertretern in die Hand gegeben wurde. Wir haben von jeder die Auffassung vertreten, daß gerade die Parlamentariervertreter der Arbeiter im Interesse der Arbeiterbewegung verpflichtet sind, den geistigen Wortkampf in den Parlamenten ihrer hohen Aufgabe als Träger einer neuen Kultur entsprechend würdig zu führen. Wenn die „radikale“ Gruppe glaubt, eine derartige unvollständige Verpfändung nicht erfüllen zu können, so ist das vor allen Dingen im Interesse des Ansehens und der Wahrung der Arbeiterbewegung auf Heilste zu bedauern. Aber auch die öffentliche Meinung vor der Volkvertretung wird durch denartig mühe zu führen. Wenn die „radikale“ Gruppe glaubt, eine derartige unvollständige Verpfändung nicht erfüllen zu können, so ist das vor allen Dingen im Interesse des Ansehens und der Wahrung der Arbeiterbewegung auf Heilste zu bedauern. Aber auch die öffentliche Meinung vor der Volkvertretung wird durch denartig mühe zu führen.

Der gemeinsame Antrag der Bürgerlichen sieht folgende Maßnahmen vor: Der § 56 erhält folgende Fassung: 1. Wenn ein Abgeordneter die Ordnung verletzt, so wird er dem Präsidenten mit Nennung des Namens „zur Ordnung“ gerufen. 2. Im Falle besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung kann der Präsident die Abgeordneten für den Rest des Tages von der Sitzung ausschließen. 3. Der Präsident trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Ausschließung durchzuführen. Er kann hierzu insbesondere die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen. Den Sitzungsraum und die Tribüne räumen. Den ausgeschlossenen Abgeordneten aus diesen Räumen entfernen lassen. Ihn seinen Wiedereintritt verhindern. 4. Gegen den Ordnungsbruch oder die Ausschließung durch den Präsidenten kann der betroffene Abgeordnete spätestens am folgenden Tage schriftlich beim Hause Einspruch erheben. Das Haus entscheidet frühestens in der nächsten Sitzung nach Eingang des Einspruches ohne Verzug, ob der Ordnungsbefehl oder die Ausschließung gerechtfertigt war. 5. Erfolgt während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsfragen eine Abstimmung, bei der die Stimme des ausgeschlossenen Abgeordneten den Ausschlag hätte geben können, so wird die Abstimmung in der ersten Sitzung nach Ablauf der Ausschließung wiederholt.

Sinter den § 61 tritt als § 61 a folgender Passus: Ist ein Abgeordneter in einer Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen oder sügt er sich, nachdem ihm das Wort entzogen ist, nicht oder macht er sich einer groben der Würde des Hauses schädigenden Verletzung der Ordnung schuldig, so kann das Haus auf Anfrage des Präsidenten beschließen, daß dem Abgeordneten für die folgenden 1-3 Monate die laufende Auswandsensfähigkeit entzogen wird.

Sieht man zunächst von der Frage ab, ob durch solche Bestimmungen ein ungehöriges Verhalten des Parlaments erreicht werden kann, so werden auch die Abgeordneten nicht selbst einer Beschränkung ihrer persönlichen Rechte und Freiheit antworten können. Bisher hat das Präsidium die ihnen jetzt nach der Geschäftsordnung zustehenden Rechte noch niemals voll zur Anwendung gebracht. Ein dritter Ordnungsruf mit nachfolgender Entziehung des Wortes ist unseres Wissens noch in keinem Falle verhängt worden. Ehe man nun an eine Verschärfung der Geschäftsordnung herangeht, sollten die bereits bestehenden Möglichkeiten ausgenutzt werden. Das Haus hat diese Bestimmungen früher selbst widerspruchlos geschaffen und liegt darin auch die Möglichkeit, mit der jetzt bestehenden Geschäftsordnung auszukommen. Es ist dies um so naheliegender, als in den „radikalen“ Kreisen eine persönliche Einkehr stattfindet, die sich bei den Unabhängigen bereits deutlich bemerkbar macht. Zu übrigen wird sich selbst auch die „radikale“ Arbeiterklasse bei dem richtigen Stand der Dinge nicht scheuen, ihre „vorherrschenden“ Führer zurückzuführen, mit deren „Aktiv“ sie schon längst nicht mehr so einverstanden ist.

Die Rahn'sche Mohrenwäsche.

Noch immer ist das für die Arbeiterbewegung so traurige Kapitel „Rahn“ nicht ganz abgeschlossen, obwohl dieser kapitalistische Chrenmann als Arbeiterführer längst erledigt sein mußte. Nachdem der Senator Jewelowski seine bekannten Enthüllungen gemacht hatte, bezeichnete das „freie Volk“ die außerordentlich schweren Beschuldigungen gegen Rahn als „Mischerfüße persönliche“ Angelegenheiten. Es ist ja zunächst Ende des „J. A.“ und der „A. A.“, wie sie die profilkapitalistische Betätigung ihres Führers würdigen. Unsere Leser und auch die übrige Arbeiterklasse weiß aber, daß die „geschäftliche“ Betätigung Rahn's durchaus nicht so „Mischerfüße“ hingenommen werden kann. Man kann getrost davon absehen, daß der Enthüller, Senator Jewelowski, nachher selbst in einem eigenartigen Sinne erschien. Jedoch waren die Rahn'schen „Enthüllungen“ über Jewelowski alles andere, nur keine Milderung der von Jewelowski gegen Rahn erhobenen schweren Beschuldigungen. Wenn nun Rahn seine Rede gegen Jewelowski im Sonderdruck verbreiten läßt und außerdem noch mit Erklärungen aufwartet, so verdient auch diese verächtliche Mohrenwäsche eine kritische Betrachtung. Soweit man aber auch alle Entlastungsversuche Rahn's prüft, niemals wird man finden, daß Rahn einen Gegenstand ist, daß er keine Abstandsprovision für die entgangenen Materialkosten verlangt habe. Wie bereits schon früher bekannt wurde, soll es sich bei dem Werksverkauf für Rahn um netto 7 Prozent für die nach den Verträgen noch zu erfüllenden Millionenverkäufe gehandelt haben. Jedenfalls hat Rahn weder hierfür noch für andere Einzelheiten, wie die vom Hofverwalter Schmidt bekannte Aktienrückgabe sowie den veräußerten Betrag an dem früheren Soldatenrat Artus bündige Gegenweise erbracht und teilweise auch gar nicht den Versuch dazu gemacht. Welche Kronzeugen aber Rahn ausgesucht hat, um sich die besondere Weiße seiner Wäsche beschwören zu lassen, zeigt folgendes und zur Verfügung gestelltes Charakterbild über einen Herrn Talies, von dem sich Rahn eine längere Erklärung hat ausstellen lassen. Man schreibt uns:

Der Verfasser Erich Talies war Geschäftsführer der Messpr. Materialbearbeitungsgesellschaft und auf der Danziger Werft tätig. Sein Betragen und Verhalten bewies sich feinerzeit dem Betriebsleiter Talies, ihm den Zutritt zur Werft zu verweigern. Z. galt auf der Werft als der größte Schieber, welcher mit seiner Frau dazu beizug, daß beim Werksverkauf in seinem Interesse große Unruhen bei den Arbeitern hervorgerufen wurden. Talies, die Legitimationskarte zum Betreten der Werft abgenommen war, hat er sich durch Vorlegung falscher Papiere Zutritt verschafft. Durch einen irrenden Beamten wurde er damals von der Werft verwiesen. Der Ehrenmann Talies ist allen Werftarbeitern als ein Mann bekannt, der mit dem damals unpolitischen Rahn (dieser war von der U. S. P. als Mitglied gestrichen) die Hauptrolle spielte, daß das große Meer von Arbeitlosen heute in Danzig besteht.

Auch die Zuschritt eines andern Arbeiters, die wir heute leider zurüchstellen müssen, bringt ähnliche interessante Einzelheiten über die „Betrügerei“ des Rahn'schen Kontraktums. Eine wertvolle Ergänzung des Rahn'schen Charakterbildes bringt auch Gustav Schröder in einem Artikel „Schieber als Revolutionäre“ in der „Wälinger Volksstimme“. Schröder als führender Führer der Danziger U. S. P. und engerer Parteifreund Rahn's stellt ebenfalls fest, daß Rahn zu gleicher Zeit, als er Vertrauensmann der Arbeiter war, einige Tausend der gleichen Arbeiter brotlos gemacht hätte, wenn ihm die „Geschäfte“ gelungen wären. Er — Schröder — habe feinerzeit selbst die Kaltstellung Rahn's veranlaßt. Auf der Werft habe es, so schreibt Schröder u. a. weiter, wiederholt Differenzen zwischen Rahn und den dort beschäftigten Arbeitern gegeben und mußte Rahn infolge dieser Dinge aus der Vertrauenskörperschaft der U. S. P. ausscheiden. Wenn die führenden Danziger U. S. P. Genossen die Dinge gekannt hätten, wäre Rahn's politische Rolle schon damals durch einen Ausschluß aus der Partei geendet. Ueber die Frage, wie Rahn zu einer führenden Stellung in der U. S. P. kam, weiß Gustav Schröder folgendes zu berichten: „Er — Rahn — tauchte in einer Sitzung auf, als die Kandidatenfrage zur Stabsdivisionsratsversammlung besprochen wurde und schloß sich damit ein, daß er der Parteiliste einige hundert Mark überlie. Das hat er auch später getan und so gelangte er im Verein mit seinem Mundwerk und seinem sicheren Auftreten in rascher Folge zum Stabsdivisionsrat und zum Vizepräsidenten des Volkstages. Er und Raube sind es vor allem, denen die Verschiebung der Danziger U. S. P. ins kommunistische Lager zuzuschreiben ist. Nach Jewelowski's Enthüllungen dürfte sein politisches Sterbegeldlein gelautet haben.“

Schröder schreibt dann auch über Raube und zwar, daß Raube kein Jola besser wäre als Rahn. Dieser — also Raube — wäre als verhungerte Kirchenmaus nach Danzig gekommen, und nach zwei Jahren hätte er so viel verdient, daß er 180 000 Mk. für Möbel ausgeben konnte. Wenn Gustav Schröder neben anderen zum größten Teil schon bekannten Tatsachen die Gelegenheit benutzte, um auch den ihm so verhassten Rechtssozialisten ein auszuweichen, so nehmen wir dies bei ihm als eine nicht ernst zu nehmende Selbsterkennung an.

Was nach alledem noch von der verurteilten Selbstreinigung übrig bleibt, ist nur eine weitere Belastung des Rahn'schen Schuldkontos als profitaunender „Arbeiterfreund“. Für die kommunistische Partei bildet Rahn zweifellos eine unschätzbare Bereicherung, da derartige „Mischerfüße“ einer so selbstlosen „radikalen“ Verwirklichung des Kapitalismus einen starken agitatorischen Wert besitzen dürften.

Zur Ausführung der Danzig-polnischen Konvention

Werden die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen heute am 17. Februar in Warschau eröffnet. An dem Eröffnungsfestlichkeiten nehmen von Danzig aus die Senatoren Gschert, Jewelowski, Krause, Nos, Schwarz, Volkman und Bism-Diesau teil. Ueber die Stoffeinteilung und den Ort der Verhandlungen ist zwischen der Freien Stadt und der Republik Polen ein Einverständnis erzielt worden. Es werden 18 Kommissionen gebildet, vier für politische Angelegenheiten (Auswärtige Angelegenheiten — Gerichtsangelegenheiten — Angelegenheiten der Staatsangehörigkeit und Ausländerangelegenheiten) und Verrechnungsangelegenheiten, ferner vier Kommissionen für wirtschaftliche Angelegenheiten (Zölle, indirekte Steuern und Monopole — Lebensmittel, Rohstoffe, Brennstoffe — Fischerei — Regelung der Zahlungsbedingungen in beiden Richtungen); endlich fünf Kommissionen für Verkehrsangelegenheiten (Post, Telegraphie und Telephon — Eisenbahnen — Gassen — Wasserstraßen und Flußschiffahrt — Seeschiffahrt). Die ersten vier Kommissionen werden in Danzig tagen, die Kommissionen für wirtschaftliche Angelegenheiten in Warschau, beides jedoch mit dem Vorbehalt, daß der Sitz der Kommission verlegt werden kann, wenn sachliche, insbesondere technische Gründe dies erfordern. Die Kommissionen für Verkehrsangelegenheiten sollen dort tagen, wo die Kommission selbst es für zweckmäßig erachtet. Die in Danzig tagenden Kommissionen werden ihre Beratungen am Sonnabend, den 19. Februar, aufnehmen. Zu diesen Verhandlungen wird eine Anzahl polnischer Gäste in Danzig erwartet.

Eine Erhöhung der Löhne soll infolge der neuen Preiserhöhungen für Brot und Zucker von den Arbeitgeberverbänden beabsichtigt sein. Wenigstens wissen die „Neuesten Nachrichten“ über eine dementsprechende Erklärung der Arbeitgeberverbände an den Senat zu berichten. Die Mitteilung verdient festgehalten zu werden und darf erwartet werden, daß die Verwirklichung dieser Erklärung bald erfolgt. Als selbstverständlich muß erwartet werden, daß sich auch die übrigen Betriebe und die Behörden von der Erhöhung nicht ausschließen. An Willeka kann es ja nach der Stellungnahme und der Erklärung der Bürgerlichen zum sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung einer Vermögensabgabe nicht fehlen.

Für den Abend der Kommerzienrätin Erna Denera von der Staatsoper Berlin am Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus, sind in obigen Verkaufsstellen noch Karten zum Preise von 2,50 Mk. erhältlich.

Stadttheater Danzig: Am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr wird das Weihnachtsmärchen „Prinz Effigauer und Prinzessin Hönigsfuß“ zum letzten Male gegeben. Zu dieser Vorstellung hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind frei mit einzuführen.

Der diesjährige Bühnenball der Solamitglieder des Stadttheaters findet am Sonnabend, den 19. Februar, abends 6 Uhr, unter dem Titel „Bühne und Welt“ in sämtlichen dekorierten Räumen der „Scala“ (Sporthalle) statt. Der Titel gibt den Besuchern in weitestem Maße Spielraum für die Auswahl des Anzuges. Es ist in jeder Weise dafür gesorgt, daß der Abend unterhaltend und ein voller Erfolg wird. Zur Aufführung gelangt die „Lohnhändler-Parodie“ von Nestoy als Festvorstellung. Im Kabarett „Nachtkalter“ werden die beliebtesten Mitglieder des Stadttheaters mit einem reichhaltigen Programm aufzutreten. Es sei bemerkt, daß die Festeilung für eine glänzende und bequeme Fahrtgelegenheit zwischen Danzig-Kölnmünde und Ranzhuf-

Geschäft erweist hat, welche um 9 Uhr morgens einsteigt und von Person und Jagd 5 Mark kostet.

Eine sehr deutschdänische Heldentat.

So, da sie wert ist, nicht unbekannt zu bleiben, öffentlich bekanntmachung finden. Heute da zum letzten Sonntag der „Deutschdänische Handlungsgehilfenverband“ nach der Gewerbehalle zu einem Gaus-Gaude-Abend eingeladen. Nach der Tochter eines jüdischen Wälders wurden von einem im griechen Geschäft tätigen Angeheuten Einschlachten angeboten. Sie machte von dem Antragsangebot Gebrauch, und so besuchte das 17-jährige Wädel mit ihrer 3 Jahre jüngeren Schwester die Veranstaltung. Während des ersten Pauze stellte ein überreifer Rassenkämpfer an die beiden Wädel mit einem Male die Frage, ob sie nicht wüßten, daß der Deutschdänische Schutz- und Trutzbund nur reinblütige (!) Deutsche zuläßt. Als die überreiferen Wädel darauf erklärten, daß es doch eine Veranstaltung des Deutschdänischen Handlungsgehilfenverbandes wäre, drückte sich der reinblütige Leutnant dahin aus, daß dies doch das Gleiche wäre. Inzwischen waren die in der Nachbarschaft stehenden Besucher aufmerksam geworden und äußerten sich in abfälligen Bemerkungen, aber nicht etwa gegen die Handlungsweise des Rassenkontrollanten, sondern gegen die beiden Wädel. Diesen war der Zutritt naturgemäß peinlich, und sie verließen die Veranstaltung, da sie ein größeres Feingefühl gegenüber derartigen, weiland ausgeübten, Taktlosigkeiten besaßen, als der deutschdänische Held. Von anderen Besuchern des Abends soll der betreffende reinblütige (!) Rassenapostel als ein bereits hinreichend bekannter Führer des Deutschdänischen Schutz- und Trutzbundes in Danzig bekannt worden sein. Wichtig ist die Person des Betreffenden ist jedoch, daß sich dieser Vorfall auf einer Veranstaltung des Deutschdänischen Handlungsgehilfenverbandes abgespielt hat. Die deutschdänische Heldentat sowie die Taktlose, daß auch der Deutschdänische Handlungsgehilfenverband sich in diesem Fahrwasser bewegt, werden in der Öffentlichkeit ohne Kommentar gewürdigt werden. Jeder macht sich eben lächerlich, so gut er kann.

Arbeiter-Bildungsausschuss. Am Sonnabend, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hülsschule, Heilige Geistgasse 111, Beginn des Vortragskurses von Dr. Sint:

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.

Der Kursus umfasst 6 Abende und findet fortlaufend Sonnabends statt. Karten für alle Abende 5 Mk. Vorverkaufsstellen in der „Volksstimme“, Am Spandhaus 6 und Paradenstraße 32, Zigarrenhandlung Gotte, Nachh., Lange Brücke Nr. 18, Parteibureau 4. Damm 7, 2 Tr., und bei den Vertrauensleuten.

Geringsverkauf Am Montag sind zwei Dampferladungen mit frischen Perlingen aus Norwegen und Schweden in Danzig eingetroffen. Die Perlinge, die von schöner, lebendiger Beschaffenheit sein sollen, kommen am Fischmarkt und von Straßenhändlern in jeder beliebigen Menge zum Verkauf.

Als gestohlen angehalten ist ein schwarzer Gehrock nebst Weste. Strömige Eigentümer können sich bei der Kriminal-Polizei melden.

Auf der Steigendehaline Danzig-Gangjahre wird die Haltestelle „Rückertweg“ wieder nach dem „Uphagenpark“ zurückverlegt. Infolgedessen wird auch die Haltestelle „Heiligenbrunner Weg“ wieder eingeführt.

Verein Arbeiterjugend Danzig. Heute, Donnerstag, abend 7 Uhr im Jugendheim, Am Spandhaus 6, 2. Gartenhaus, Diskussionsabend für Burschen. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Verein Arbeiterjugend Chca. Heute, Donnerstag, abend 7 Uhr im Heim (ev. Schule) Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen eines jeden Mitgliedes zur Pflicht.

Polizeibericht vom 17. Februar 1921. 11 Personen in Polizeihaft — Befunden: 1 Damenhandtasche, enth. Lebensmittelfasten und Ausweis für Frau Johanna Poffan, 1 Sicherheitskassette, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 dunkelgrauer Damenpelztragen, abgehoben von Herrn Hermann Schulz, Schillinggasse 27; 1 Nickelbrille, abgehoben von Schallerin Ida Niemuth, Johannesgasse 67; 1 junger schwarzer langhaariger Hund, abgehoben von Herrn Heinrich Rinz, Weggasse 10 b. — Verloren: 1 Kragenhoner, 1 Double-Brille, bestehend aus Anker, Kreuz und Herz, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl 7)	7 1/2	(am Vortage =)
Dollar:	57	{ . . . }
Englische Pfund:	226	{ . . . }

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsrichten am 17. Februar 1921.

gestern heute		gestern heute	
Jawisch	—	Dirschau	+1,06 +1,08
Warschau	—	Einlage	+2,20 +2,28
Thorn	+1,04 +0,88	Schleusenort	+2,40 +2,56
Vordob	+0,95 +0,89	Schönbau D. P.	—
Culm	+0,90 +0,86	Galgenberg W. P.	—
Brandenburg	+1,02 +1,07	Neuhofersdorf	—
Kriegswasser	+1,47	Wolfsdorf	+0,10 +0,0
Moniqueupfhe	+0,58 +0,55	Kuwachs	+1,32 +1,0
Pielke	+0,78 +0,79		

Wichtig: Von km 0 (Schlino) bis km 116 Grundelstreifen in 1/2 Strombreite, von hier bis km 194 in 1/2 Strombreite, weiter unterhalb bis zur Mündung in 1/2 Strombreite. Das Eis treibt nördlich get in See ab.

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Hochrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inzerate Bruno Gwerritzs Office, Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

Druckladen

für den behördlichen, Geschäfts- und privaten Bedarf fertigt prompt und preiswert

Buchdruckerei Volkswacht

Am Spandhaus 6.

Hausierer und Kleinhändler

— finden stets preiswerte —

Textilwaren
Schärzen, Wäsche.
Trikotagen
Strumpfwaren
u. v. v. u. v. u. v.

Czarinsky, Lange & Co.,
Japongasse 58, 1. Tr.
1920/21 (3195) Kaspol.

Kommunistische Märchen aus Odra

erschließt das „Freie Volk“ seinen Lesern wieder einmal in seiner Nr. 86 vom 14. d. Mts. Unter der Überschrift „Ein vorläufiger Gemeindevorsteher“ schreibt es da: „Am 11. d. Mts. fand in Odra eine Gemeindevorsteherwahl statt. Zunächst wurde gegen die Stimmen der U. A. P. und U. S. P. Gemeindevorsteher die Einführung des neuen Bürgermeisters Kamminger beschlossen.“ Jedes Kind in Odra weiß, daß der Gemeinde- und Amtsvorsteher und nicht der Bürgermeister Kamminger bereits am 1. Januar in sein Amt eingeführt worden ist und daß damals die U. A. P. nicht dagegen stimmte, weil es nämlich der Ehre der Gemeindeverwaltung zu dem Tage noch keine U. A. P. gab. Dann erzählt das kommunistische Blättchen weiter: „Darauf machte der Gemeindevorsteher der Versammlung recht eigenartige Erklärungen. Er gab an, daß er ein Gelände für 20.000 M. erwerben habe, das für Gemeindevorsteher zu verwenden wäre, etwa zum Bau einer Turnhalle usw. Die Bürgerlichen und Sozialdemokraten hatten natürlich nicht Willens zu tun, als nachträglich nach diesen Kauf zu billigen. Wie wir erfahren, hat dieser Geländekauf eine recht seltsame Vorgeschichte. Der Gemeindevorsteher (Eck wohl heißen Vorsteher. Der Red. d. Volk!) hat erstens ohne vorherige Befragung der Gemeindevorsteher den Kauf getätigt und zweitens bei der Versteigerung des Geländes durch Überbieten den Preis von 5000 M. auf 20.000 M. heraufgetrieben. Das bedeutet natürlich nicht anders, als amtliche Verdrehungen. Es ist außerdem unerschwinglich, weshalb der Gemeindevorsteher durchaus dieses Gelände kaufen wollte, da er ja bisher nicht einmal einen bestimmten Verwendungszweck dafür hat.“

Wäre der Scheiter der Satz jenseit Sozialdemokrat gemein sein, so würde er zunächst wissen, daß es im sozialdemokratischen Kommunalprogramm u. a. heißt: „Erwerbung von möglichst umfangreichen Grundbesitz durch die Gemeinden.“ Aber auch der naive Sachverhalt ist vollständig auf dem Kopf gestellt. Der Gemeindevorsteher erfährt von der Versteigerung erst einen Tag vor derselben, weil, wie wir schon berichteten, der unabhängige Gemeindevorsteher Feldmann keinen Auftrag aus und unbekanntem Grundbesitz nicht auführte und so der Gemeindevorsteher von dem Verkauf des Grundbesitzes erst sehr verspätet erfährt. Der Gemeindevorsteher hat jedoch, als ihm der Verkauf bekannt wurde, aus Gemeindevorsteherabstimmung erwidert: „Ich befinde mich an der Versteigerung zu beteiligen.“ Bei der Versteigerung waren gegen die Vertretung der Gemeinde der Gemeindevorsteher Kamminger und die Gemeindevorsteherin Schmidt und Tuschl. Weil das Grundbesitz zu Spekulationszwecken gut gelegen ist, hatten sich zu der Versteigerung noch andere Interessenten eingeladen, u. a. mit mir bereits berichteten, ein Geländekauf-Genossenschaft. Diese haben den Preis in die Höhe, um das Grundstück unter allen Umständen zu erhalten um dann auf noch einmal Erbschaftssteuer zu erwerben. Diese Spekulationen haben jedoch nach der Zuschlagserteilung ihrer Verzögerung das ihnen das Grundstück entzogen ist gegen den Gemeindevorsteher Kaufmann geübt und freuten sich schon eigentümlicherweise darüber, daß die Gemeindevorsteherung ihre Zustimmung zum Grundbesitzkauf nicht erteilen würde. Sie

rechneten auf nochmalige Versteigerung und wollten dann auch selbst 50.000 M. für das Grundstück bieten. Der Gemeinde wurde durch den Zuschlag mit 26.100 M. zugesprochen. Die Gemeindevorsteherung hat den Kauf des Grundbesitzes auch einstimmig, also selbst einschließlich der Vertreter der U. S. P. und U. A. P. genehmigt. Nicht ein einziger Vertreter hat in der Sitzung gegen den Kauf etwas vorgebracht. Nur im „Freien Volk“ wird nun gegen den Gemeindevorsteher Sturm geblasen. Sollte die Gemeinde sich um den Kauf nicht beworben resp. der Gemeindevorsteher sich nicht darum bemüht dann können vielleicht dieselben Leute, die jetzt im „Freien Volk“ den Vorwurf gegen die Vertretung erheben, in ähnlicher Weise und während trübsamer, daß die Gemeinde die günstige Gelegenheit verpasst hätte, ein für sie passendes Grundstück zu erwerben. Während die Vertreter der U. A. P. dem Kauf zugestimmt haben, protestiert ihr Parteiorgan gegen den Kauf. Das ist eine eigenartige kommunistische Gemeindepolitik und radikale Grundbesitzpolitik. Man könnte anlässlich der bekannten Vertretung kommunistischer Führer bald glauben, daß das „Freie Volk“ seinen Protest im Interesse der Spekulationen erhebt, die das Grundstück nach kapitalistischer Manier ausbeuten wollten. Das wäre ein neues Beispiel der radikal-proletarischen Interessenspolitik der Kommunisten.

Genesungsheim Pelonten bei Odra. Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen besitzt das Genesungsheim Pelonten bei Odra in dem erholungsbedürftige, also nicht franks, weibliche Versicherte aufnehmen können. Es ist dem Versicherungsamt des Kreises Danziger Höhe angefallen, daß aus dem Kreise Danziger Höhe nur wenige Versicherte hierher Gebrauch gemacht haben, so daß angenommen werden muß, daß diese Einrichtung nur wenig bekannt ist. Die weiblichen Versicherten der Landesversicherungsanstalt Westpreußen können bei dem Versicherungsamt des Kreises Danziger Höhe einen Antrag auf Aufnahme in das Genesungsheim stellen, wenn sie sich erholungsbedürftig fühlen. Wie bei jedem Heilverfahren ist auch hier die Erfüllung der Vorbedingungen in der Regel Voraussetzung für die Uebernahme, auch haben die Versicherten auf ihre Kosten ein ärztliches Gutachten beizubringen, daß die Uebernahme des Heilverfahrens zur Vermeidung des Eintritts der Invalidität notwendig ist und daß keine ansteckende oder ekelerregende Krankheit vorliegt. Besonders unruhige Kranke sind für die Aufnahme ungeeignet. Das Genesungsheim kommt besonders in Frage für Genesende nach schwerer Krankheit und Operation, für Intererndörte, nervös Erschöpfte und andere Erholungsbedürftige, für die ein längerer Aufenthalt in guter ruhiger Wald- und Seeluft bei Ruhe und guter Ernährung notwendig ist.

Odra. Den Freitag, den 18. d. Mts. ab kommen zur Verteilung: 500 Gramm Gahrloden zum Preise von 3,60 M. und

500 Gramm Auslandsbrot zum Preise von 2,80 M. in sämtlichen Geschäften auf Karte 12 der Lebensmittelkarten. 250 Gramm Runkelrübe zum Preise von 2,50 M. pro Pfund in sämtlichen Geschäften auf Karte 13 der Lebensmittelkarten. 500 Gramm Runkel, Preisfest zum Preise von 13 M. auf Karte 1 der neuen Preisfestkarten in den bekannten Geschäften. — Wer die ihm zustehenden Waren bis Montag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Mit der Geschäftsführung der Gemeindevorsteher beschäftigt sich eine Zuschrift eines ländlichen Genossen, die in Anbetracht ihrer allgemeinen Interessens besonders für die Landbevölkerung der Bedeutung wert ist. Der Genosse schreibt: „Ein Gemeindevorsteher auf dem Lande. Die Abfertigung des Publikums durch den Gemeindevorsteher erfolgt entweder draußen vor der Tür oder auch im Herdehau. Sprechstunden sind nicht festgesetzt. Sehr häufig, wenn die Leute mit ihrem Anliegen kommen, werden sie mit der allzu beliebten Redensart abgewiesen: Der Herr ist jetzt nicht zu Hause. Da nun manche Gemeindevorsteher tatsächlich sehr viel unterwegs sind, so ist es schwer, vor allen Dingen einige Angelegenheiten schnell zu erledigen. Es macht man tagelang vergeblich mehrmals den Weg zum Gemeindevorsteher. Diese Leute, die durchaus sicher gehen wollen, versuchen ihr Glück dann in den frühen Morgenstunden oder am Spätnachmittag. So ist den ganzen Tag über Kauferei zum Gemeindevorsteher, und für beide Teile ergibt sich eine unruhige Erholungszeit. Es wäre deswegen angebracht, in den Gemeindevorsteher eine bestimmte Sprechstunde einzuführen und wählte dann jeder, wann er den Gemeindevorsteher bestimmt trifft. Auch für diesen selbst wäre es eine Erleichterung, da er seine Geschäfte dann aufammenhängend erledigen und sonst seiner Arbeit ungestört nachgehen kann.“ — Wir finden diese Anregung durchaus beachtenswert, es wäre Sache der Gemeindevorsteherungen, in den Orten, wo noch eine derartig unregelmäßige Geschäftsführung besteht, für Abhilfe im Sinne des Vorschlages zu sorgen. Wenn nun, wie uns der gleiche Genosse schreibt, der Gemeindevorsteher sich weigert, bestimmte Geschäftsführungen einzuführen und er sein Amt niederlegen will, so darf dies kein Grund sein, nun alles beim Alten zu belassen. Bei beiderseitigem guten Willen wird sich eine Regelung unter Berücksichtigung der örtlichen und persönlichen Verhältnisse sicherlich überall finden lassen.

Postgebietsbericht vom 16. Februar 1921. Gefunden: 1 Pom. rabour mit Lebensmittelkarten, 1 Saarbesen, 1 eiserne Bücherpresse, 1 vierdrähtiger Handwagen, abzuholen aus dem Hundsbureau des Postgebietsabteilung; 1 Portemonnaie mit Geld und einem Straßenbahnstift, abzuholen von Hrl. Piebith Schewitz, im Folgeraum 15; 1 schwarzer fleischer Herrenhut, abzuholen von Frau Martha Kreuzer, Kollanienweg 19; 4 Schlüssel am Klinge, abzuholen von Herrn Reinhold Zieffe, Michaelsweg 5. part.

Standesamt vom 16. Februar 1921.
Todesfälle: Kaufmann Robert Wohl, 55 J. 5 M. — Rentier Johann Meißelburger, 82 J. 2 M. — Marinefeldwebel Wilhelm Gundlach, 45 J. 9 M. — Haushälterin Albertine Selau, 88 J. 2 M.

Wer auf Qualität sieht, kauft



MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel.

Sie sind unerreich in Güte und Wohlgeschmack.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar und März 1921) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben, gleichzeitig erfolgt auch die Beitreibung der für das I.—III. Vierteljahr noch rückständigen Steuerbeträge.
Bei Zuführung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Ablanders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mitinzulanden sind.
Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungsverfahren vom 18. November 1898.
Mahnung Los einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.
Kassenstunden werktäglich 8^{1/2}—1 Uhr vormittags.
Danzig, den 8. Februar 1921. (3609)
Städtische Steuerkasse.

Gemeindefürsorge-Rendanten und Ortssteuererheber

Bei dem Gemeindeamt Emaus bei Danzig-Schlitz ist die pensions- und wittwengeldberechtigten Stelle des
Gemeindefürsorge-Rendanten und Ortssteuererhebers
loft zu belegen. Beforderung nach Gruppe VI der Beförderungsordnung des Magistrats Danzig für die städt. Beamten.
Bedingungen: Befähigung zur selbständigen Führung der Kassenbücher und Bearbeitung sämtlicher Steuerjahren, 3-monatige Probezeit und Hinterlegung einer Kaution von 5000 Mark.
Ausführliche Bewerbungsgesuche sind bis zum 23. d. Mts. an den Unterzeichneten einzulanden.
Emaus, den 16. Februar 1921.
Der Gemeinde-Vorsteher.
Sankel. (3631)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 17. Februar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 1. Zum 3. Male.
Waldmeister
Operette in 3 Akten (4 Bildern) von Gustav Danis
Musik von Johann Strauß. Spielleitung: Erich Sternick. Musikal. Leitung: Erich Walter.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, abends 8^{1/2} Uhr. Dauerkarten E 1.
Erhöhter Preis. Einmaliges Gastspiel Elise v. Casapal-Baltay von der Staatsoper in Berlin: Sa Traviata.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2.
Comedie Guckert.
Sonntag, nachm. 3 Uhr. Aline Preise. Pring
Eisglaube und Pringelrn Honigsüß.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. Waldmeister.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Bochler u. Direktor Paul Hansmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
Neute Donnerstag, den 17. Februar
Anfang 7 Uhr Anfang
„Der Bettelstudent“
Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.
Morgen Freitag, den 18. Februar
„Der Bettelstudent“
Vorverkauf findet statt v. 10—4 Uhr nur
im Douma-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9—2 Uhr a Theaterkasse
Nach Schluß der Vorstellung
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

PAROLE: ||

Brett'1
Sensations-Programm

4-Uhr-Tee
Tanzvorführungen Jacqui
und sonstige Einlagen

Kaffee
Geigerkönig Mai
mit erstklassigen Kabarett-Einlagen

Volkspflege,
Bewerkstelligungs-Genossenschaftliche Versicherungs-
Aktiengesellschaft
Kein Polizeiverfall.
— Sterbekasse. —
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungskasse 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

1 Oberbett
mit Affen zu verkaufen.
Röder bei Sruaggala,
Hell Gelfgasse 91, 3 Tr. (7)

Am Dienstag, den 22. Febr.
abends 8 Uhr
im Friedrich-Wilh.-Schützenhaus
Liederabend
der Kammerängerin
Erna Denera
von der Berliner Staatsoper.
Die anerkannte Sangerin wird Lieder von
Schubert, Schumann, Grieg, Brahms und
R. Strauß zum Vortrag bringen.
Die Konzert-Direktion hat dem Arb.-Bild-
Ausschuß Karten für diesen Abend zur Ver-
fügung gestellt. Die Karten werden ausgelost
und sind zum
Vorzugspreis von 2,50 Mark
(Kassenpreis 3 — bis 15 — Mark)
in den Verkaufsstellen der Volkswacht, Am
Spandauer 6 und Paradiesgasse 32, in der
Zigarrenhandlung Gottleb Nachf., Lange
Brücke 18, im Parteibüro, 4. Damm 71 und
bei den Vertrauensleuten zu haben. (3610)
Arbeiter-Bildungsausschuß.

Sozialdemokratischer Verein
Danzig-Stadt.
Am Freitag, den 18. Februar 1921, abds.
8^{1/2} Uhr, in der Maurerherberge, Schiffsdamm
**Mitglieder-
Versammlung.**

1. Kassenbericht.
2. Vortrag des Gen. Dr. Bolze: Die Wieder-
gutmachungsfrage und die Arbeiterkass-
3. Erghwahl zum Vorstand.
4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Der Vorstand.